

**1. Änderung der Satzung der Ortsgemeinde Hartenfels
über die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen nach § 10 a des
rheinland-pfälzischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche
Maßnahmen (Ausbaubetragssatzung zur Erhebung von
wiederkehrenden Beiträgen – ABS wkb)
vom 02.12.2025**

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Hartenfels hat auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 und der §§ 2 Absatz 1, 7, 10 und 10 a des Kommunalabgabengesetzes Rheinland-Pfalz (KAG) vom 20.06.1995 - in der jeweils geltenden Fassung - folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

**§ 1
Änderung der ABS wkB**

Die Satzung der Ortsgemeinde Hartenfels zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen (Ausbaubetragssatzung zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen – ABS wkb) vom 12.09.2022 wird wie folgt geändert:

Die in § 3 Absatz 1 Satz 2 bezeichnete Anlage 2 (Begründung für die Aufteilung des Gemeindegebietes) wird neu gefasst und der Satzung entsprechend als Anlage 2 beigefügt.

Die in § 3 Absatz 1 Satz 3 bezeichnete Anlage 1 (Planzeichnung) wird neu gefasst und der Satzung entsprechend als Anlage 1 beigefügt.

**§ 2
Inkrafttreten**

Die 1. Änderung der Satzung der Ortsgemeinde Hartenfels zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen (Ausbaubetragssatzung zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen – ABS wkB) vom 02.12.2025 tritt rückwirkend zum 01.01.2022 in Kraft.

Hartenfels, den 02.12.2025

Andreas Strüder
Ortsbürgermeister

Hinweis gemäß § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO):

Es wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung (GemO) oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr.2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.